

März / April 2004*

März

1.3. 200 französische Soldaten landen gemeinsam mit Einheiten der USA und Kanadas als Vorhut einer UN-Interimstruppe in Haiti. Nach dem von den Rebellen erzwungenen Rücktritt des Präsidenten Jean-Bertrand Aristide soll die Truppe für Sicherheit und Stabilität sorgen, schnelle humanitäre Hilfe ermöglichen und beim Aufbau von Polizei und Ordnungskräften helfen. Am 29. Februar hatte der UN-Sicherheitsrat die zunächst auf drei Monate befristete Entsendung dieser Truppe beschlossen. Frankreich hatte sich in besonderem Maße für die UN-Mission eingesetzt. In der ehemaligen französischen Kolonie leben etwa 2 000 französische Staatsangehörige.

1./2.3. Während eines Besuchs in Japan bekräftigt Außenminister Dominique de Villepin die französische Unterstützung für einen japanischen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Gespräche zwischen de Villepin und seinem japanischen Amtskollegen Yoriko Kawaguchi dokumentieren eine Annäherung zwischen Frankreich und Japan in ihrer Irakpolitik. In gemeinsamen Projekten wollen beide Länder unter anderem zum Schutz und zur Wiederherstellung des kulturellen Erbes im Irak beitragen.

2.3. Der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, der Erzbischof von Bordeaux Jean-Pierre Ricard, spricht sich bei einer Unterredung mit Staatspräsident Jacques Chirac gegen das geplante gesetzliche Verbot des Tragens auffälliger religiöser Symbole an öffentlichen Schulen aus. Das Gesetz schränke das fundamentale Recht der freien Religionsausübung ein.

2.3. Auf dem Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana startet die Trägerrakete Ariane 5 mit der europäischen Raumsonde Rosetta an Bord. Frankreich ist mit einer Beteiligung von 220 Millionen Euro nach Deutschland der wichtigste Geldgeber dieses Projektes der Europäischen Raumfahrtagentur. Rosetta soll nach einer fast elf Jahre dauernden Reise den Kometen Tschurjumow-Gerassimenko erreichen. Die Forscher hoffen, durch die Untersuchung der Beschaffenheit des Kometen Hinweise auf die Ursprünge unseres Sonnensystems zu erhalten.

3.3. Der Verfassungsrat billigt das umstrittene zweite Gesetzespaket der Justizreform zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Loi Perben 2), das damit in Kraft treten kann. Einige Bestimmungen werden jedoch für nicht verfassungskonform erklärt und verändert. Davon betroffen ist unter anderem die Dauer der Durchführung von präventiven Maßnahmen, wie etwa das Abhören privater Telefongespräche. Außerdem dürfe das Gesetz ausschließlich auf Wiederholungstäter und bei Verdacht auf Gewaltstraftaten angewandt werden. Der Rat betont, dass in jedem Fall ein größtmöglicher Schutz der Privatsphäre zu gewährleisten sei.

3.3. In der Zeitung „La Dépêche du Midi“ wird von Bombendrohungen gegen das Streckennetz der SNCF berichtet. Seit Wochen fordere eine Erpressergruppe mit der Bezeichnung „AZF“ die Zahlung von fünf Millionen Euro. Die SNCF lässt das gesamte Streckennetz von 10 000 Mitarbeitern auf deponierte Bomben absuchen. Im September 2001 hatte eine Gruppe gleichen Namens eine Bombe in einer Toulouser Chemiefabrik gezündet, bei der 30 Menschen ums Leben kamen und einige tausend verletzt wurden.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

- 4.3.** „Le Monde“ berichtet, dass erstmals drei deutsche Absolventen der École nationale d'administration (ENA), die im Februar ihre Diplomprüfungen abgelegt haben, in den französischen Staatsdienst übernommen werden. Die Einstellung der Deutschen in zwei Ministerien war durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom September 2003 ermöglicht worden. Der EuGH hatte entschieden, dass sich die nationalen Verwaltungen der EU-Staaten allen Staatsbürgern der 15 Mitgliedsländer öffnen müssen.
- 4.3.** „Le Monde“ zitiert ausführlich aus einem deutsch-französischen Papier, das als ergänzender Entwurf zur „Greater-Middle-East“-Strategie der USA gedacht sei und auf dem nächsten Treffen des Europäischen Rates am 25./26. März diskutiert werden solle. „Le Monde“ zitiert das Papier mit den Worten, die Europäische Union „muss einen Ansatz definieren, der sich von dem der Vereinigten Staaten unterscheidet, und mit ihren eigenen Institutionen und Instrumenten arbeiten“.
- 9.3.** 2 400 Wissenschaftler legen die Verwaltungsaufgaben in ihren Forschungszentren und Instituten nieder, um gegen die Forschungspolitik der Regierung zu protestieren. Zuvor hatte Forschungsministerin *Claudie Haigneré* die Forderung der Wissenschaftler abgelehnt, 550 neue Stellen für junge Forscher einzurichten. Die Regierung geht von 120 neuen Stellen im Jahr 2004 aus.
- 9.3.** Das nationale Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien INSEE veröffentlicht Frankreichs Haushaltsbilanz für das Jahr 2003. Mit einem Defizit von 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschlechtert Frankreich seine Bilanz gegenüber dem Vorjahr (3,2 Prozent) erheblich und ist damit Schlusslicht der Euro-Staaten. Die 3-Prozent-Marke des EU-Stabilitätspaktes wird damit nach 2002 zum zweiten Mal überschritten.
- 11.3.** Mit einem Festakt in der Sorbonne wird der 200. Jahrestag des französischen Zivilgesetzbuches „Code civil“ begangen.
- 16.3.** Im Rahmen des Blaesheim-Prozesses kommen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident *Chirac* in Paris zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 25./26. März zusammen. Wesentliche Themen sind eine verbesserte Koordinierung der nationalen Sicherheitssysteme im Kampf gegen den Terrorismus, die schnelle Verabschiedung der EU-Verfassung noch im Jahr 2004 und die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Strategie für den Mittleren Osten. Darüber hinaus sprechen sie sich für verbesserte Beziehungen zwischen der EU und Russland aus.
- 16.3.** China und Frankreich halten vor der ostchinesischen Küste ein gemeinsames Marinemanöver ab. Die Übung, die vier Tage vor den Präsidentschaftswahlen in Taiwan und einer Volksabstimmung über dessen Souveränität stattfindet, ist das erste Seemanöver Chinas mit einem westlichen Staat. Frankreich, das sich in der EU für die Aufhebung des Waffenembargos gegen China einsetzt, versichert, dass dieses Manöver in keinem Zusammenhang mit den Wahlen oder dem Referendum stehe.
- 16.3.** Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* bezieht öffentlich Stellung gegen das Übernahmeangebot des Schweizer Unternehmens Novartis an den deutsch-französischen Pharmakonzern Aventis. Die Regierung ziehe das Angebot der französischen Gruppe Sanofi-Synthélabo vor, da etwa die Herstellung von Impfstoffen für den Kampf gegen den Bioterrorismus von „nationalem Interesse“ sei. Das Pharmageschäft sei auch von „strategischer“ Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen, da Aventis den größten Teil der Arbeitsplätze und Entwicklungszentren in Deutschland habe.
- 17.3.** In einem öffentlich Brief antwortet Staatspräsident *Chirac* auf die Proteste der Wissenschaftler gegen die Forschungspolitik der Regierung. *Chirac* kündigt ein neues Rahmengesetz für Forschung und Wissenschaft bis Ende 2004 an. Der Sprecher der Protestbewegung der Wissenschaftler, *Alain Trautmann*, bezeichnet den Brief *Chiracs* als „enorme Enttäuschung“.
- 17.3.** Der kolumbianische Vizepräsident *Francisco Santos* stellt in Paris klar, dass Kolumbien den Kommandanten *Hugo* der FARC-Rebellen nicht freilassen wird. Die französische Regierung hatte vorgeschlagen, Frankreich und weitere europäische Staaten könnten *Hugo* und andere gefangene FARC-Mitglieder aufnehmen. Im Austausch sollten Geiseln der FARC, unter anderem die ehemalige kolumbianische Präsidentschaftskandidatin mit französischem Pass, *Ingrid Betancourt*, freigelassen werden. Auch die FARC lehnt diesen Vorschlag ab.
- 18.3.** Erziehungsminister *Luc Ferry* kündigt die umgehende Renovierung von 70 000 Studentenwohnungen sowie den Bau von 50 000 neuen Unterkünften an. Das Programm ist auf zehn Jahre angelegt und sieht neben dem Engagement des Zentralstaates auch die Einbindung lokaler Gebietskörperschaften und des Privatsektors vor.

19.3. Auf der Sonderkonferenz der Innen- und Justizminister der EU in Brüssel legt Innenminister Nicolas Sarkozy mehrere Vorschläge zur Stärkung der EU im Kampf gegen den Terrorismus vor. Auf französische Initiative einigen sich die Minister unter anderem darauf, Europol mit mehr Kompetenzen und Fähigkeiten auszustatten. Dabei geht es in erster Linie um eine Aktivierung der nach dem 11. September 2001 bei Europol eingerichteten Antiterrorismuseinheit. Am Rande der Konferenz wird ein deutsch-französischer Vorstoß, bei der nachrichtendienstlichen Aufklärung als „G5“ künftig stärker zusammenzuarbeiten, von Großbritannien, Italien und Spanien positiv aufgenommen.

21.3. Beim ersten Wahlgang der Regionalwahlen müssen die Regierungsparteien eine schwere Niederlage hinnehmen. Insgesamt erhalten sie 34,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Listen der Linksparteien können 45,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Für den Front National votieren 16,5 Prozent der Wähler. Während die Linke gegenwärtig nur in acht von 22 Regionen des französischen Mutterlandes über eine Mehrheit verfügt, liegt sie nun in 16 Regionen vor den bürgerlichen Parteien. Entgegen den schlechten Prognosen liegt die Wahlbeteiligung bei 62 Prozent (bei den Regionalwahlen 1998: 58 Prozent). Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SOFRES haben 55 Prozent aller Wähler und 82 Prozent der Wähler der Linksparteien mit ihrem Votum ihre Unzufriedenheit mit der Regierung Raffarin ausdrücken wollen.

22.3. Premierminister Raffarin schlägt Innenminister Sarkozy vor, zumindest bis zum zweiten Wahlgang der Regionalwahlen die Rolle des „Motors“ innerhalb der Regierungsmehrheit zu übernehmen. Ihm selbst, Raffarin, komme weiterhin die Funktion des „Fahrers“ zu. Sarkozy hatte während des Wahlkampfs den Spitzenkandidaten der UMP in der Region Île-de-France, Regierungssprecher Jean-François Copé, unterstützt. Copé werden nach der ersten Runde gute Chancen eingeräumt, den zweiten Wahlgang für sich zu entscheiden.

24.3. Staatspräsident Chirac nimmt an der offiziellen Trauerfeier in Madrid für die Opfer der Terroranschläge vom 11. März teil. Unter den 190 Opfern der Anschläge war auch eine Französin.

25./26.3. Der Europäische Rat verabschiedet in Brüssel unter anderem eine Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus, die im Wesentlichen auf die – von Innenminister Sarkozy initiierten – Vorschläge der Sonderkonferenz der Innen- und Justizminister der EU vom 19. März zurückgreift. Staatspräsident Chirac rechtfertigt die Bildung der „G5“ zur nachrichtendienstlichen

Zusammenarbeit mit der sich aus der begrenzten Teilnehmerzahl ergebenden Effizienz der Gruppe. Es gehe keineswegs darum, eine exklusive Kooperation zum Schaden anderer Mitgliedstaaten zu etablieren.

26.3. Sieben Mitglieder der bretonischen Unabhängigkeitsbewegung „Armée révolutionnaire bretonne“ (ARB) werden zu Haftstrafen zwischen drei und elf Jahren verurteilt. Sie werden für schuldig befunden, an zwölf Attentaten der ARB zwischen 1994 und 2000 beteiligt gewesen zu sein. Dagegen werden die vier Hauptangeklagten von dem Vorwurf freigesprochen, für ein Attentat auf eine McDonalds-Filiale im April 2000 verantwortlich zu sein, bei dem eine Angestellte getötet worden war. Insgesamt werden der ARB 40 Anschläge im Zeitraum von 1993 bis 2000 zugeschrieben.

27.3. Der Schriftsteller Robert Merle stirbt im Alter von 95 Jahren in Paris. Merle war 1949 für seinen Roman „Week-end à Zuydcoote“ mit dem Prix Goncourt ausgezeichnet worden. Der in 13 Bänden erschienene Historienroman „Fortune de France“ wurde mehr als sechs Millionen Mal verkauft.

28.3. Der zweite Wahlgang der Regionalwahlen bestätigt deutlich die Tendenzen des ersten Wahlgangs am 21. März. Für die parlamentarische Rechte stimmen 37 Prozent der Wähler, 50,4 Prozent votieren für Listen der Linken. Auf den Front National entfallen 12,55 Prozent der Stimmen. Damit stellen die bürgerlichen Parteien nur noch in einer von 26 Regionen, dem Elsass, den Präsidenten eines Conseil régional. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kantonalwahlen verlieren die bürgerlichen Parteien zehn Départements an die Linksparteien. Der PS und die mit ihm verbündeten Kommunisten, Linksradikalen und Grünen verfügen damit in den Conseils généraux von 51 der insgesamt 92 Départements über eine Mehrheit.

29.3. Der Sänger der Gruppe Noir Désir, Bertrand Cantat, wird von einem litauischen Gericht in Vilnius wegen Totschlags zu acht Jahren Haft verurteilt. Cantat hatte seine Freundin, die Schauspielerin Marie Trintignant, im Juli 2003 unter Alkoholeinfluss geschlagen. Trintignant war an den Folgen der gewaltsamen Auseinandersetzung gestorben.

31.3. Nach der schweren Niederlage der Regierungsparteien bei den Regionalwahlen bildet Premierminister Raffarin sein Kabinett in zentralen Bereichen um. Im Mittelpunkt steht die Neubesetzung von vier zentralen Ministerposten: Nicolas Sarkozy (Wirtschaft, Finanzen und Industrie), François Fillon (Bildung, Hochschulwesen und Forschung), Dominique de Villepin (Inneres) und

Jean-Louis Borloo (Beschäftigung, Arbeit und sozialer Zusammenhalt). Sarkozy erhält als einziger „Staatsminister“ einen protokollarischen Sonderstatus. Außenminister wird Michel Barnier, bis dahin in der Europäischen Kommission für Regionalpolitik zuständig. Claudie Haigneré, bisher Wissenschafts- und Forschungsministerin, übernimmt den Posten der Europaministerin und wird zugleich zur Generalsekretärin für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Zwei Aspekte kennzeichnen die Regierungsumbildung: Mit Francis Mer und Luc Ferry scheiden zwei parteipolitisch ungebundene Minister aus, die die Nähe der Regierung zur Zivilgesellschaft symbolisieren sollten. Mit de Villepin, Michèle Alliot-Marie (Verteidigung), Dominique Perben (Justiz) und Hervé Gaymard (Landwirtschaft) bleiben vier Minister auf wichtigen Posten, die dem engeren Kreis um Staatspräsident Chirac zugerechnet werden.

April

1.4. Vier Tage nach den Regionalwahlen erklärt Staatspräsident Chirac in einem Interview mit den Fernsehsendern TF1 und France 2, er habe die „Botschaft der Franzosen gehört“. Von nun an stelle die soziale Verträglichkeit die Grundbedingung jeder politischen Maßnahme der Regierung dar. In vier Bereichen kündigt er Korrekturen seiner bisherigen Politik an: Die Reform der Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose („Allocation spécifique de solidarité“) werde rückgängig gemacht. Die Reform der Arbeitslosenunterstützung für Honorarangestellte im Kulturbereich („intermittents du spectacle“) werde neu verhandelt. Die Regierung werde ihre Forschungspolitik ebenso überprüfen wie die Reform der Krankenversicherung, die nicht – wie ursprünglich geplant – auf dem Verordnungsweg, sondern nach einer Parlamentsdebatte im Sommer verabschiedet werden solle.

3.4. Während eines eintägigen Russlandbesuchs spricht sich Staatspräsident Chirac für engere Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland aus. Chirac und der russische Präsident Putin kündigen eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Russland im Wirtschafts- und Hochtechnologiebereich an. Chirac sagt ferner zu, Russland beim Eintritt in die Welthandelsorganisation zu unterstützen. Als erster westlicher Staatsef besucht Chirac das Kontrollzentrum für die russischen Militärsatelliten bei Moskau. Am Tag zuvor hatte bereits Bundeskanzler Schröder Putin nach dessen Wiederwahl am 14. März als erster ausländischer Staatsef einen Besuch abgestattet. Ursprünglich hatten Chirac und Schröder gemeinsam reisen wollen, Chirac hatte jedoch seinen Besuch wegen der Regierungsumbildung in Frankreich verschieben müssen.

5.4. In seiner Regierungserklärung stellt Premierminister Raffarin die Themen Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialer Zusammenhalt in den Mittelpunkt. Er bestätigt die von Staatspräsident Chirac vier Tage zuvor angekündigten Kurskorrekturen in der Sozialpolitik. Darüber hinaus wird die ursprünglich für den 8. April vorgesehene Abstimmung über das zweite Paket der Dezentralisierungsreform zunächst verschoben.

5.4. Anlässlich des Staatsbesuchs der britischen Königin Elisabeth II. zur 100-Jahrfeier der Entente Cordiale veröffentlichen die Zeitungen „Libération“ und „The Guardian“ die Ergebnisse einer Umfrage zur gegenseitigen Wahrnehmung der beiden Völker. Danach ist das Vertrauen der Franzosen und Briten untereinander weniger ausgeprägt als das Vertrauen beider Völker gegenüber den Deutschen. 60 Prozent der Briten können keine noch lebende französische Persönlichkeit benennen und assoziieren mit Frankreich vor allem Nahrungsmittel und Getränke, wohingegen die Franzosen das insulare und isolierte Verhalten der Briten und ihre proamerikanische Haltung hervorheben. Jacques Chirac ist in Großbritannien weniger unbeliebt (32 Prozent) als Tony Blair in Frankreich (49 Prozent). 35 Prozent der Franzosen halten Frankreich für das einflussreichste europäische Land innerhalb der EU. Nur 14 Prozent der Briten behaupten dasselbe von Großbritannien.

7.4. Anlässlich einer Gedenkfeier in Kigali zum Bürgerkrieg in Ruanda wirft der Präsident Ruandas, Paul Kagame, Frankreich vor, sich im Gegensatz zu den USA oder der UNO nie für seine Passivität angesichts des Völkermords entschuldigt zu haben. Paris habe vielmehr zuvor die für den Völkermord verantwortlichen Hutu-Soldaten und -Milizen ausgebildet und mit Waffen versorgt. Das humanitäre Engagement Frankreichs habe sich darauf beschränkt, „die Mörder zu retten, ohne die Opfer zu schützen“. Der französische Vertreter bei der Gedenkfeier, Staatssekretär Robert Muselier, bricht daraufhin seinen Besuch vorzeitig ab.

7.4. Im Namen der regierenden Union pour un Mouvement Populaire (UMP) erklärt deren Vorsitzender Alain Juppé im Anschluss an eine Sitzung des Politischen Büros der UMP, die Partei lehne einen Beitritt der Türkei in die Europäische Union ab. Stattdessen setze sie sich für eine „bevorzugte Partnerschaft“ ein. Damit begeben sich die Führungsspitze der UMP in Opposition zu Staatspräsident Chirac, der im März von „unübersehbaren Anstrengungen der Türkei“ gesprochen und erklärt hatte, zunächst müsse der Bericht der Europäischen Kommission über den Stand der türkischen Kandidatur abgewartet werden. Dieser ist für Oktober angekündigt.

7.4. Erziehungsminister François Fillon und Forschungsminister François d'Aubert kündigen an, dass die von der Regierung Raffarin gestrichenen 550 Stellen in Wissenschaft und Forschung noch im Jahr 2004 wieder eingerichtet werden sollen. Insgesamt sollen in den beiden Jahren 2004 und 2005 rund 1 000 neue Stellen in den Universitäten geschaffen werden.

7.4. Die Kleinaktionäre der Betreibergesellschaft Eurotunnel wählen den bisherigen Vorstand ab und stimmen mit einer Mehrheit von 65 Prozent gegen dessen Entlastung für das Jahr 2003. Jacques Maillot, früherer Chef des Reiseunternehmens Nouvelles Frontières, wird als Nachfolger von Nicolas Maguet zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt. Das mit neun Milliarden Euro verschuldete britisch-französische Unternehmen hatte im Jahr 2003 einen Verlust von 2,5 Milliarden Euro gemacht.

15.4. Die parlamentarische Kommission zur Evaluierung des Gesetzes über die Einführung der 35-Stunden-Woche („Loi Aubry“) legt ihren Abschlussbericht vor. Im Resümee des Berichtes heißt es, dass das Gesetz der französischen Gesellschaft und Wirtschaft geschadet habe. Zugleich sei die 35-Stunden-Woche inzwischen eine „gesellschaftliche Tatsache“ geworden. Insgesamt müsse es nun darum gehen, die negativen Konsequenzen der Arbeitszeitreform im Rahmen des bestehenden Gesetzes zu verringern.

15.4. Zum Auftakt der ersten Parlamentsdebatte in Frankreich über die Zukunft der Energieversorgung des Landes bestätigt Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy die nuklearpolitische Priorität der Regierung. Sarkozy betont die Notwendigkeit, so schnell wie möglich eine politische Entscheidung über den von Areva und Siemens gebauten neuen Reaktortyp EPR herbeizuführen. Im Jahr 2002 wurden 77,7 Prozent des französischen Energiebedarfs durch Kernkraftwerke gedeckt.

15.4. Staatspräsident Chirac kritisiert die jüngste Initiative des israelischen Premierministers Ariel Scharon, die den Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen vorsieht, zugleich jedoch von einem langfristigen Verbleib israelischer Siedlungen im Westjordanland ausgeht. Der von den USA bereits begrüßte Plan stelle einen „gefährlichen Präzedenzfall“ dar. Dauerhafter Frieden könne nur durch Verhandlungen erreicht werden, an denen Israel und Palästinenser gemeinsam beteiligt sein müssten. Für Frankreich bleibe die vom Quartett (USA, EU, Russland, UNO) beschlossene „Roadmap“ mit dem Ziel eines palästinensischen Staates der einzige gangbare Weg.

18.4. Die Tageszeitung „L'Humanité“ wird 100 Jahre alt. Am 18.4.1904 war sie vom sozialistischen Politiker Jean Jaurès gegründet worden, 1923 wurde sie das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa hat „L'Humanité“ stetig sinkende Auflagenzahlen und eine steigende Verschuldung zu verzeichnen.

19.4. Die erste Auslandsreise als Außenminister führt Michel Barnier nach Deutschland und Russland. In seinen Gesprächen mit Außenminister Joschka Fischer stehen die Verabschiedung des EU-Verfassungsentwurfs sowie die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten im Mittelpunkt. Ein Schwerpunkt des Treffens mit dem russischen Außenminister Lavrov ist das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland.

19.4. Frankreich zieht seinen auch von Deutschland unterstützten Kandidaten für die Nachfolge von Horst Köhler als Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), den Präsidenten der Osteuropabank Jean Lemierre, zurück. Damit ist der Weg frei für den von den USA und Großbritannien favorisierten bisherigen spanischen Wirtschaftsminister Rodrigo Rato. Am 21. April wird Rato von den EU-Finanzministern offiziell zum Kandidaten der Europäischen Union ernannt.

20.4. Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy fordert – mit Ausnahme des Außen- und des Kulturministers – alle Regierungsmitglieder auf, bis Ende des Jahres Einsparungen von insgesamt sieben Milliarden Euro zu realisieren. Ziel sei es, die Ausgaben auf die vom Parlament für das Jahr 2004 genehmigten 283,7 Milliarden Euro zu begrenzen.

20.4. Die Aktionäre von Air France stimmen mit 99,82 Prozent einer Änderung der Statuten sowie einer Kapitalerhöhung des Unternehmens und damit prinzipiell der Fusion mit der niederländischen Fluggesellschaft KLM zu. Im Zuge des Zusammenschlusses mit KLM wird der französische Staat seinen Anteil an Air France von 54,4 Prozent auf 43,7 Prozent senken.

20.4. Justizminister Perben kündigt die Schaffung von 1 500 neuen Gefängnisplätzen bis 2005 an, um auf die Überfüllung der Gefängnisse zu reagieren. Auf 49 000 vorhandene Plätze in 180 Strafvollzugsanstalten kommen gegenwärtig 62 000 Gefangene. 2006 und 2007 sollen insgesamt 30 neue Gefängnisse eröffnet werden. Laut Perben habe die konsequentere Vollstreckung der Haftstrafen seit 2002 zu dem starken Anstieg der Gefangenzahlen geführt.

20.4. Das nationale Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien INSEE teilt mit, dass die Arbeitslosenquote Ende 2003 bei 9,9 Prozent gelegen habe (Ende 2002: 9,3 Prozent). Über das gesamte Jahr 2003 seien im Saldo 67 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Der öffentliche Sektor habe mit 100 000 Arbeitsplätzen am meisten Stellen abgebaut.

22.4. Das Gesetz zur staatlich geförderten kapitalgestützten Zusatzrente („fonds de pension“) tritt in Kraft. Von der staatlichen Rente unabhängige Rentenversicherungen werden nun durch daran gebundene Steuervergünstigungen staatlich unterstützt. Sieben von zehn Franzosen begrüßen dieses System der freiwilligen Zusatzrente. Im Jahr 2000 gingen die Arbeitnehmer mit 66 Prozent ihres letzten Gehalts in Rente. 2015 werden es voraussichtlich nur noch 53 Prozent sein.

23.4. Frankreich stellt seine Kohleförderung vollständig ein. Die letzte Tonne Kohle wird im Rahmen eines symbolischen Festakts in der Mine La Houve in Creutzwald (Département Moselle) gefördert. Die verbleibenden 4 265 Bergarbeiter des staatlichen Unternehmens Charbonnages de France (CDF) werden bis 2005 die Nachbereitungsaufgaben, den Abbau der Installationen und die Sicherung der Infrastruktur durchführen. Die Kosten hierfür werden von CDF auf 350 Millionen Euro veranschlagt. Der französische Kohlebedarf (2003: 13,5 Millionen Tonnen) wird künftig nur noch durch Importe aus Australien, Südafrika, Kolumbien und den USA gedeckt werden. Mit der Schließung von La Houve endet in Frankreich die 250-jährige Geschichte der Kohleförderung.

26.4. Der Aufsichtsrat des deutsch-französischen Pharmakonzerns Aventis stimmt dem Übernahmeangebot des französischen Pharmaunternehmens Sanofi-Synthélabo zu. Das neue Unternehmen Sanofi-Aventis wird mit einem Umsatz von 26 Milliarden Euro und mehr als 100 000 Beschäftigten drittgrößter Arzneimittelhersteller der Welt sein. Vorsitzender des künftigen Verwaltungsrates von Sanofi-Aventis wird der derzeitige

Präsident von Sanofi-Synthélabo, Jean-François Dehecq, werden. Sein Stellvertreter wird der Aufsichtsratschef von Aventis, Jürgen Dormann. Auf Drängen des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Sarkozy hatte Dehecq seinen ursprünglichen Plan einer feindlichen Übernahme von Aventis fallen lassen und sein Übernahmeangebot am 24. April auf 55,3 Milliarden Euro erhöht. Die französische Regierung hatte sich vor dem Hintergrund eines weiteren Übernahmeangebots des schweizerischen Pharmaunternehmens Novartis in besonderer Weise für ein Zusammengehen von Sanofi-Synthélabo und Aventis eingesetzt.

27.4. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA wünschen 74 Prozent der Franzosen ein Referendum über die europäische Verfassung. 24 Prozent sind der Ansicht, dass diese Entscheidung vom Parlament getroffen werden sollte. 57 Prozent der Befragten würden dem Verfassungsentwurf zustimmen, 25 Prozent dagegenstimmen. Die Durchführung eines Referendums wird unter anderem auch von Valéry Giscard d'Estaing (UDF) und François Hollande (PS) gefordert. Am 20. April hatte Premierminister Blair bekannt gegeben, dass es in Großbritannien eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf geben werde.

29.4. Im Rahmen einer außerordentlichen Pressekonferenz nimmt Staatspräsident Chirac zu zentralen europapolitischen Fragen Stellung. Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sei kurzfristig nicht wünschenswert, langfristig habe die Türkei jedoch eine europäische Berufung. Sie sei Mitglied der NATO, des Europarates und der OECD. Die Union müsse Interesse an einem stabilen und demokratischen EU-Mitglied Türkei haben, das die westlichen Werte teile und als Modell für die gesamte Region dienen könne. Chirac vermeidet eine klare Festlegung bezüglich der Abhaltung eines Referendums über den Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents. Diese Frage werde er zu gegebener Zeit, jedenfalls erst nach der Verabschiedung der Verfassung durch den Europäischen Rat, entscheiden.